

Bezugspreis: Vierteljährlich 36.— M., monatlich 12.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 4. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Frage an Demokraten und Zentrum.

Die Konferenz in der Reichskanzlei.

Die gestrige Besprechung der Parteivertreter beim Reichskanzler beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Steuerprogramm. ...

In der Frage der Heranziehung der Unabhängigen zur Regierungsbildung soll nach den gestrigen Besprechungen der Weg schriftlicher Erklärungen eingeschlagen werden. ...

Mündliche Verhandlungen über die Frage der Regierungsbildung im Reiche werden voraussichtlich nicht vor Mitte nächster Woche wieder aufgenommen werden.

Die „Freiheit“ berichtet über eine Provinzialkonferenz Berlin-Brandenburg der USP. ...

Sonnabend Entscheidung über Oberschlesien

Genf, 3. Oktober. (WIB.) Wie man von gut unterrichteter Seite versichert, wird der Völkerbundrat seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage am Sonnabend, spätestens am Sonntag, bekanntgeben.

Kattowich, 3. Oktober. Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben am 1. Oktober folgendes Telegramm nach Genf gerichtet:

Herrn Erich Drummond, Generalsekretäre des Völkerbundes, Genf. Die Unterzeichneten bitten, den zur Vernehmung durch den Völkerbundrat nach Genf berufenen deutschen Gewerkschaftsvertretern Ehrhardt, Franz und Geleise folgendes zu übermitteln, da die Adresse der Herren hier nicht bekannt ist.

Die deutschen Gewerkschaften erlauben ihre nach Genf berufenen Vertreter, den Völkerbundrat um Entsendung von Vertretern des Völkerbundesrates nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. ...

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring.

Ein Provisorium?

Genf, 3. Oktober. (All.) In der Behandlung der oberschlesischen Frage scheint insofern ein neues Moment eingetreten zu sein, als man in bestimmten englischen Kreisen neuerdings auf eine Beschleunigung der Entscheidung drängt. ...

Völkerbundsarbeiten.

Die Völkerbundsversammlung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Boemittagsung mit den albanischen Grenzfragen, über die sich Albanien, Griechenland und Jugoslawien streiten. ...

Aufgabe der USP., die Entwicklung der Opposition in der Sozialdemokratie mehr und mehr zu fördern. ...

Wir können nicht verhehlen, daß diese Ausführungen Crispians in der Sozialdemokratischen Partei, nicht zuletzt bei der sogenannten „Opposition“, stärkstes Befremden erregt haben. ...

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß dem Reichsminister des Innern Dr. Grabnauer von dem sächsischen Ministerpräsidenten Buch die sächsische Gesandtschaft in Berlin angeboten und mitgeteilt worden ist, daß die Regierung Sachsens ihm in aller Kürze offiziell die Gesandtschaft in Berlin übertragen werde. ...

Nachmittags wurde das Budget des Völkerbundes bewilligt. Es beträgt Ausgaben in Höhe von 20 858 000 Goldfranken, wovon 8 263 000 auf das Internationale Arbeitsamt entfallen. ...

Ungarn gibt nach!

Prag, 3. Oktober. (Tschechoslowakisches Pressebureau.) Die ungarische Regierung hat heute dem Ministerium des Auswärtigen offiziell die Mitteilung an die Botschafterkonferenz zur Kenntnis gebracht, daß sie die wettungarischen Komitete innerhalb der festgesetzten Frist räumen werde.

Oedenburg, 3. Oktober. (WIB.) Nach einer Meldung des ungarischen Tel.-Corr.-Bureaus wurde heute nachmittag das auf die Abergabe Westungarns bezügliche Protokoll von ungarischer Seite vom Generalleutnant Hegedues unterzeichnet. ...

Lloyd George und die Arbeitslosigkeit.

London, 3. Oktober. (WIB.) Wie die „Evening News“ meldet, hat Lloyd George sehr ernste Besorgnisse über die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit heftiger Arbeitslosenunruhen erhalten und ist dadurch zu der Ansicht gekommen, daß eine sofortige Neuherung über die Absicht der Regierung mehr als je notwendig ist.

Die Schupo soll die Maschinengewehre abliefern?

Paris, 3. Oktober. (WIB.) Der „Matin“ meldet, daß General Rollet in einer zweiten Note von der deutschen Regierung die Ablieferung der der deutschen Sicherheitspolizei verbliebenen Maschinengewehre verlangt. ...

In zuständiger Stelle war hier von keiner dieser beiden Noten bis gestern abend etwas bekannt. Was die Kohlenlieferungen anbelangt, so ist es jedenfalls unwahrscheinlich, daß der Botschafterrat sich mit dieser Angelegenheit befaßt hat, für die bisher die Reparationskommission zuständig war.

Revidiertes Scharfmacherurteil. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat der Revision des Schriftstellers Niebeling-Berlin, welcher wegen öffentlicher Beleidigung des Reichspostministers Kahl zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden war, stattgegeben. ...

Frankreich und Italien.

O. L. Rom, 1. Oktober.

Von einer offiziellen Spannung zwischen Italien und Frankreich kann auch heute nicht die Rede sein, und die Spannung in der öffentlichen Meinung, ja, im Volksempfinden, bestand seit Jahren. ...

In der vorigen Woche war eine französische Mission in Italien, zur Einweihung des Denkmals für die auf dem Monte Tomba gefallenen französischen Soldaten. ...

So muß sie die französische Mission selbst auch empfunden haben, denn sie ist bei Nacht und Nebel, um fünf Uhr, am folgenden Tage abgereist.

Will man das Kind beim rechten Namen nennen, so muß man von einer von den Faschisten organisierten französisenseindlichen Demonstration sprechen, deren Anlaß nicht eben taktvoll gewählt war, wie ja überhaupt die Faschisten, die sich diesmal einen „äußeren Feind“ gewählt hatten, nicht übertrieben taktvoll in ihren Strafexpeditionen zu sein pflegen. ...

Immerhin haben diesmal die Faschisten zum Ausdruck gebracht, was viele empfinden, wenn sie auch die Gelegenheit der Ehrung französischer Gefallenen nicht für die am besten zu antispannenden Demonstrationen geeignete halten machten. ...

Die Franzosen reifen wenig, gelangen nicht leicht zum völligen Erfassen einer fremden Sprache und wissen im ganzen nicht viel von den andern Völkern. ...

Aber der Antagonismus zwischen Italien und Frankreich gründet sich nicht auf Sticheleien in der Presse, er ist nicht einmal in dem französischen Chauvinismus, der französischen Selbstüberhebung und im Imperialismus der Republik begründet. ...

sich in unabänderlicher Trogheit wird entsalten müssen, falls nicht wirklich ein Völkerbund entsteht, der die aufsteigende Drachenlaot auszurotten vermag.

Die französische Politik braucht ein Gegengewicht gegen Deutschland. Hier liegt ein Grund des tiefgehenden Interessenwiderstreits zwischen Italien und Frankreich. Dieses Gegengewicht sollen die Staaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie bilden. In diesem Sinne fördert auch Frankreich die separatistischen Tendenzen Bayerns. Die französische Politik trachtet danach, durch die Föderation der Donauländer dem Deutschen Reich einen Nachbarn zu schaffen, der unter französischem Einfluß stehen muß, weil Frankreich sich an der Wiege dieser Föderation so außerordentlich viel Mühe gibt.

Wir haben schon in früheren Artikeln dargelegt versucht, daß diese Föderation durchaus den italienischen Interessen zuwiderlaufen würde. Im Grunde wäre sie ein wiedererstandenes Österreich-Ungarn. Die Donauländer, zu denen Frankreich gar gern auch Bayern gesellen würde, müßten natürlich ihren Weg zum Meer suchen und finden, und das Meer wäre die Adria. Solange wir aber in Europa im Zeichen des latenten Krieges leben wie heute, kann Italien nicht ohne berechtigter schwere Sorge einen starken Staat an der Ostküste der Adria entstehen sehen. Man kann zehnmal sagen, daß die Adria schließlich kein Binnenmeer sei, und daß kein Grund dafür vorliegt, wenn die Westküste in Händen des italienischen Staates liege, daß nicht auf der gegenüberliegenden Küste eine andere Großmacht Fuß fassen. Der Grund dafür liegt in der physikalischen Beschaffenheit der beiden Küsten: die italienische flach, jedem Angriff wehrlos preisgegeben, die dalmatinische reich an natürlichen Häfen und an Ankerplätzen, die die Kriegsschiffe der halben Welt unterbringen könnten.

Diese Tatsache ist nicht wegzuphilosophieren. Nur ein wirklicher „Bund der Völker“ könnte ihr ihre Bedeutung für die auswärtige Politik Italiens nehmen. Solange es diesen Bund nicht gibt, muß Italien jenseits der Adria einen Bundesgenossen oder kleine Staaten haben, sonst ist es seines Lebens nicht sicher. Was aber Frankreich dort großziehen möchte, das wäre weder ein kleiner Staat noch ein italienischer Bundesgenosse. Das wäre ein großer Bundesstaat französischer Basallen.

Auch der zweite Grund des Widerstreits ist von uns in früheren Artikeln angedeutet worden. Die absteigende Großmacht Frankreich fürchtet die aufsteigende Großmacht Italien, der alte Staat, das abgelebte Volk fürchtet den jungen Staat mit seinem mächtigen Bevölkerungszuwachs. Daß diese Furcht heute durchaus bewußt ist, geht aus der ganzen Politik Frankreichs gegenüber Italien in den letzten Jahren hervor. Dem alten Clemenceau ist in Versailles einmal die Zunge ausgerutscht, als er es aussprach, daß die französische Politik gegenüber Italien eine Politik der ... Kohlenverweigerung sein müsse. Das heißt: eine Politik der wirtschaftlichen Knebelung. Zu solchen liebesswürdigen Regimen im Verhalten zu einem Bundesgenossen, der einem das Leben gerettet hat, kommt man nicht aus bloßer Herzensgüte. Da muß schon die Angst dabei mitsprechen. Und sie spricht mit.

Eine weitblickende Angst, denn augenblicklich hat Frankreich von dem durch den Krieg noch ärmer gewordenen Italien nichts zu befürchten. Im Zeichen dieser Angst hat man Italien seinen Beuteanteil an den Kolonien vorenthalten, hat es in seinem Anteil an den deutschen Zahlungen überverteilt, hat es in dem Anrecht auf Kohlenlieferungen benachteiligt, hat es durch handelspolitische Maßnahmen (so durch das Ausfuhrverbot von Alufisen) schwer geschädigt. All das hat man gewollt, weil Italien schwach ist; aber man hat es gewollt, weil man weiß, daß Italien stark werden kann. Mit viel schwächeren Staaten, mit den Jugoslawen und den Tschechoslowaken, geht Frankreich viel rücksichtsvoller um als mit Italien.

Wenn die Faschisten die französische Nationalhymne durch den Faschistenmarsch übertönen, so ist das, französischen Gästen

gegenüber, eine Bämmelei. Aber die darin zum Ausdruck geformte Ablehnung der französischen Politik spricht vielen Italienern aus der Seele. Das ist eine Tatsache, mit der die europäische Politik in den nächsten Jahrzehnten wird rechnen müssen. Und Frankreich wird gut tun, schon heute damit zu rechnen.

Ein unaufgeklärter Zusammenstoß.

Augsburg, 3. Oktober. (W.Z.) Sonntag nacht gegen 12 Uhr kam es an der Ecke der Kaiserstraße und Kapuzinergasse zwischen Zivilpersonen und Reichswehrangehörigen aus bis jetzt unaufgeklärter Ursache zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf zwei Zivilpersonen und drei Reichswehrangehörige durch Messerstiche erheblich verletzt wurden. Einer der Verletzten, ein Hilfsmonteur, ist nach Einlieferung in das Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. In der Neuburger Straße wurde ein Reichswehrsoldat von dem Händler Josef Brandel durch Stich in die rechte Brustseite schwer verletzt. Brandel wurde verhaftet.

Es wird Sache des Reichswehrministeriums sein, schleunigst Klärung in die Angelegenheit zu bringen, wobei nach zahlreichen bisher gemachten Erfahrungen die dringende Forderung erhoben werden muß, die Zivilbehörden in ausreichendem Umfange zu der Untersuchung heranzuziehen.

Pyrmonts Anschluß an Preußen.

Wie vor längerer Zeit mitgeteilt wurde, traten anfangs des Jahres Teile der Bevölkerung von Pyrmont an das preussische Staatsministerium mit dem Ersuchen heran. Verhandlungen wegen des Anschlusses Pyrmonts an Preußen einzuleiten. Die preussische Regierung gab diesem Antrage um so eher statt, als auch die Waldeck'sche verfassunggebende Landesversammlung durch die Einsetzung einer offiziellen Anschließkommission ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht hatte, diese Wünsche Pyrmonts auch von ihrer Seite zu fördern. Wie jetzt halbamtlich mitgeteilt wird, haben diese Verhandlungen verhältnismäßig schnell zur Ausfertigung eines Vertragsentwurfes geführt, der Pyrmont vorgelegt wurde. Das preussische Staatsministerium wird jetzt abwarten, ob diese vorläufige Abmachung endgültige Zustimmung von Waldeck-Pyrmont Seite findet.

Arme Marie!

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft hat soeben Nr. 1 ihres Mitteilungsblattes erscheinen lassen. Als Herausgeber zeichnen Ernst Däumig und Adolf Hoffmann. Das Blatt enthält u. a. einen Aufsatz von Marie Badewig: „Mein Austritt aus der Kommunistischen Fraktion“, der von der Redaktion mit folgenden Worten eingeleitet wird:

Wir drucken hier unverkürzt die Erklärung der Genossin Badewig ab. Sie ist Proletarierin und steht ein Menschenalter in der sozialistischen Bewegung. Sie hat bereits für die Arbeiterbewegung gekämpft, als die, die heute Verrat schreien, noch in den Windeln lagen.

Aus ihren Erfahrungen in der KPD, gibt Marie Badewig u. a. folgendes zum besten:

Nicht Einigkeit, nicht Solidarität, nicht Brüderlichkeit untereinander war zu finden, sondern gerade das Gegenteil. Wehe demjenigen, der nicht täglich betonte: ich bin mit allem einverstanden, was von oben befohlen wird. Ganz von den unerfreulichen Zuständen in Berlin u. schweigen. Schlimmer noch, wenn das Gebiss Treue um Treue zerbrochen ist. Ist es nicht ebenso schlimm, wenn man fortwährend die lieblichen Worte hört: „Parlamentsbremse, Kieber, Verräter, Streber!“ Erst vor kurzem hatte ich das Vergnügen, auf dem Perron des Bahnhofes in Weihenfeld die Worte zu vernehmen: „Na, am längsten sind Sie im Spitzbubenabteil gefahren!“

Die Verfasserin prophezeit zum Schluß: „Die Zentrale wird säubern, ausschließen, hinauswerfen, kündigen, bis von

der Massenpartei nur eine Sekke übrig bleibt.“ — Der Artikel scheint vor längerer Zeit geschrieben zu sein, seine Prophezeiung ist ja längst in Erfüllung gegangen.

Der Spaltungsreford.

Der Bezirk Ostfachsen der KPD, setzte sich bis vor kurzem, wie ein Ortel des „Führers“ Levinsohn ergibt, aus folgenden Mitgliedschaften zusammen: 15 Mitglieder in Dresden, 6 Mitglieder in Laubegast und 3 oder 4 Mitglieder in Zittau, macht zusammen 24 oder 25. Ausdrücklich bemerkt der Brief Levinsohn: „Andere Gruppen bestehen in Ostfachsen nicht.“ Natürlich sind solche Massen bald zu groß, um in einer einzigen Partei zusammengehalten zu werden und demwegen beschloß man nach bewährten Mustern, sich zu spalten. Von der Dresdener Ortsgruppe wurde mit 9 gegen 6 Stimmen der Anschluß an die KPD beschlossen. Die überstimmte Minderheit ging aber nicht mit, sondern trennte sich. So erhält die KPD. nur einen Zuwachs von 9 (neun) Mann, während die Dresdener Minderheit von 6 (sechs) mit den 6 (sechs) ebenso radikalen Laubegastern als Stamm der KPD, in Ostfachsen zurückbleibt. Die 3 oder 4 Zittauer wollen sich zu einem anderen Bezirk schlagen. So beträgt der Mitgliederbestand der KPD, Ostfachsens nach der Spaltung genau ein Duzend.

Unter den zur KPD. übergetretenen befindet sich der bisherige Führer Levinsohn mit seiner Familie. Wöfe Jungen hatten behauptet, daß die 6 Uebertrittsstimmen insgeheim von der Familie Levinsohn herrührten. Dagegen protestiert Willi Levinsohn in seinem Brief mit der entrüsteten Feststellung, daß die ganze Familie Levinsohn noch lange nicht über neun Stimmen verfügt. Der, was willst du mehr, die Spaltungen sind noch immer über Familiengrößen! Für die Leser aber, die meinen, wir hätten hier eine Satire auf die Parteilspalterei geschrieben, wollen wir ausdrücklich betonen, daß das Ganze buchstäblich wahr ist.

Der Klub der Harmlosen.

Trotz des bekannten Verbotes hielt die Deutschnationale Volkspartei am Freitag, den 30. September, im Kreisvereinshaus eine Sedanfeier ab. Eine Knüppelgarde der Ortsgruppen „Bismarck“, „Kaiser Wilhelm“, „Otto Weddigen“ u. a. m. sorgte für den Schutz gegen unberufene Gäste. Das Niveau der „Feier“ entsprach dem der sattem bekannten Frontkämpfertage. Durch das wiederholte Singen von „Heil Dir im Siegertranz“, „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Hut die Juden raus“ (nach der Melodie: Wir brauchen keine Schwiegermama!) versetzten sich die Hakenkreuzler in die richtige vaterländische Stimmung. Der Clou des Abends war ein „Erneuter Schwur“, dessen letzter Vers lautete: Ich will mein Wort nicht brechen und Buben werden gleich. Will predigen und sprechen Bon Kaiser und von Reich!

Die offiziellen Festreden wurden vom Major a. D. Kurt Anter, dem Nachrichtenoffizier der Obersten Heeresleitung, und vom Reichstagsabgeordneten Grafen v. Westarp, den man sich als besondere Kanone verschrieben hatte, gehalten. Verhöhnung der Regierungsvorordnungen, der Republik und der Verfassung von Weimar, die als Epigone bezeichnet wurde, war der Inhalt dieser Ansprachen unter dem Motto „Fürchtet Gott, ehret den König!“ Wann wird diesem groben Unfug ein Ende bereitet?

Kriminal- oder Polizeiverfahren?

Zu dieser Zeit in Nr. 462 des „Vorwärts“ tritt uns das Polizeipräsidium mit, daß dem Vorschlag auf Heranziehung der Kriminalpolizei schon seit längerer Zeit durch eine Verlegung des Polizeipräsidenten Genüge getan sei, wonach die polizeilichen Ermittlungen bei Strafverfolgung von Polizeibeamten durch die hierfür zuständige Dienststelle, Abteilung 4 (Kriminalpolizei), zu führen sind. Weiter wird in dem Schreiben mitgeteilt, daß der Fall Buch-

Menschen.

Von Michael Charol.

Fritz Hofmann sprach. Die Vision von 20 Millionen verkümmerten Menschen, von 20 Millionen verzweifelter, entrüsteter hinführender Männer und Frauen, Greise und Kinder ließ ihn nicht ruhig sprechen. Sie zerriß sein Herz und speiste seine Worte mit Blut. Er rief die Mitmenschen um Hilfe an, und ihre Repräsentanten — applaudierten ihm. Sie waren bewegt und erschüttert, wie von einem Schauspieler, der seine Worte eingelernt und einstudiert herfragt, um das Paradies zu ergreifen. Als ob es Hansen an Beifall und Zustimmung gelegen wäre, als ob er nicht nur als die Stimme von 20 Millionen, das ist fünfmal soviel Menschenleben als der Weltkrieg gekostet hat, gefühlt hätte. . . . Sie applaudierten seiner Rede. Der belgische Senator Lafontaine schrie um Hilfe — auch bei ihm war man erschüttert. Dann verweigerte man die Hilfe den hungernden Rußlands „wegen der Haltung der Sowjetregierung gegenüber den zu entsendenden Kommissionen“. Die Völkerbundversammlung in Genf hielt es für richtig, daß 20 Millionen unschuldiger Menschen hungertodes sterben sollen, „wegen der Haltung der Sowjetregierung“. Das ist ein historisches Dokument.

Ja, das ist richtig! Das ist menschlich, daß in Argentinien das Getreide verfaul, daß in Südamerika damit die Lokomotiven gehetzt werden, und daß in Rußland 20 Millionen Menschen dahinstreben, daß in Österreich die Not und der Hunger auf das höchste gestiegen sind, daß in Deutschland die Brotpreise höher und höher wachsen und es Tausende über Tausende von Familien gibt, die es nicht mehr erwärmen können, und halbseitig oder hungernd umhergehen müssen, während es nur einiger Schiffsladungen bedarf, um die Menschen zu retten. Es ist richtig, daß man 200 000 000 Francs für ein Schlachtschiff ausgibt und immer neue Vorlagen zum Bau von immer mehr Schlachtschiffen in den Parlamenten durchsetzt, und die Hilfe den Hungernden von der Stellung der Sicherheit von 100 000 000 Francs abhängig macht. Es ist echt menschlich, daß man zehnjährige Beträge für die Munition und das Militär ausgibt, und das Geld den Hungernden verweigert. Gibt es doch hier nur das Menschenleben zu retten, während es dort um die Vernichtung von Menschen geht.

Daß man aber im zwanzigsten Jahrhundert lebt, in der Zeit, in der man wieder so viel von Menschlichkeit und von der Güte des Menschen spricht, das beweist man ja dadurch, daß man die ergreifenden Reden anerkennt, daß man dem Sprecher applaudiert, daß man erschüttert ist — und lieber die Nahrung verfaulen läßt, als daß man die Sterbenden speist aus . . . einem von so vielen Gründen! Menschen!

„Der Mensch ist gut!“ Der Mensch ist wirklich gut. Ich bin überzeugt, daß kein einziger von den Herren, die hier mit ihrem

„Rein!“ unendliches Elend, unendliches Weh über ein Riesengebiet ausgeschüttet haben, daß keiner dieser Herren einen Bettler vergebens bitten lassen wird. Keiner wird ein hungerndes Tier ohne stärkstes Mitgefühl sehen können, daß sie gern bei jeder Sammlung mittun und ergiebig helfen werden — als Menschen. Sobald sie aber über Schicksale zu entscheiden haben, hört der Mensch auf. Sie werden „Repräsentanten“, und ein Repräsentant hat kein Herz. Ein Repräsentant ist ein logisch denkendes Gehirn, das alles Für und Gegen zu erwägen hat, und jede Möglichkeit berücksichtigen muß, die der „Ehre“ dessen, was er repräsentiert, schaden könnte. Lieber wird er die ganze Welt auf langsamem Feuer verbrennen, als nur ein Tüpfelchen „auf dem blanken Schilde der Ehre“ (so heißt wohl der schöne Ausdruck) zuzulassen. Der Mensch ist gut, aber der Repräsentant ist das letzte Produkt der glorreichen europäischen Zivilisation, die ihr Ideal in der Verwandlung des Menschen in eine denkende — nur denkende — Maschine sieht.

Jugendbildung und Wirtschaftsreform. Am Sonnabendnachmittag fand die Wirtschaftsreform zur Erörterung. Clara Bohm-Schuch referierte über Beruf und Mutterchaft, Helene Simons über Beruf und Persönlichkeit. Fräulein Heymann gab einen praktischen Lösungs- und Erörterungsversuch der berufstätigen Frau in der Schilderung des Einfachenhauses.

Das Thema des Sonntags war die Frauenbildungsfrage in besonderer Weise, immer im Hinblick auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Frau Hoffmann-Gwiner charakterisierte die soziale Entwicklung der Familie und gab ihr Programm für die Zukunft: die Familie zur Stätte der freiesten, individuellsten Erziehung zu gestalten, einer Individualisierung, die doch stets im Gemeinschaftsgedanken ihre Regelung und ihre Ergänzung findet. Siegried Rawaer kennzeichnete die neue Lebens- und Produktionsweise in ihrer besonderen Bedeutung für die Frau. Als Ergebnis dieser neuen Schule erhoffte er einerseits einen neuen Gemeinschaftsgeist der Frau, dessen Ergänzung andererseits die Fähigkeit sei, innerlich allein, einsam und dennoch erfüllt zu sein. Solange die Frau ihre Erfüllung auf einen Menschen stellt, und sei es der liebste, solange ist sie nicht fähig, Mitglied der neuen Gesellschaft zu sein. — Nach diesem Bild in die Zukunft führte Olga Essig in die Gegenwartsmaterialität der Berufswahl und Berufsschule, die noch unter dem Zwang der kapitalistischen Produktion steht. Die kritische Ablehnung der Fragebogen und berufsberatenden Techniken seitens der Referentin erweckte zum Teil energischen Widerspruch von Seiten der Arbeiterchaft und der anwesenden Berufsberaterinnen. Doch führte Olga Essig am Schluß die Mißverständnisse auf. Trude Weg-Mennicke schilderte am Sonntagnachmittag die Jungmädchennot der bürgerlichen Mädchen, die ohne Berufserziehung aufwachsen. In den Kampf der Geschlechter leuchtete Lydia Stocker hinein. Die verheiratete Lehrerinnen wurde mit allem Nachdruck aus pädagogischen Gründen für Mädchen- und Knabenschulen gefordert. Als positive Befreiung für all die körperliche, unterdrückte urbefreite Kraft kennzeichnete Frau Luise Banggaard-Bohland die rhythmische Erziehung.

Sie zeigte, daß es sich nicht um irgendwelche Kunststücke handelte, sondern um Eigenorientierung im Raum, die sich aus einem bewußt gepflegten Körperwille ergibt. Zur lebendigen Anschauung kam diese Darlegung in den rhythmischen Vorführungen der Schule Rhoden-Langgaard, die den Abend füllte und die Tagung harmonisch abschloß.

Marie Conrad-Kamlo, die Münchener Schauspielerin, ist 71 Jahre alt, nach schwerem Leiden gestorben. Seit 1868 gehörte sie dem Münchener Hoftheater an und sie ist bis zuletzt in ihrem Beruf tätig gewesen. Lange bevor der Naturalismus auf der deutschen Bühne heimisch wurde, hatte sie sich einen Darstellungsstil geschaffen, der in seiner frischen Urwüchsigkeit und schlichten festlichen Vertiefung die späteren Errungenschaften der „Freien Bühne“ und des Brahms-Stils vorwegnahm. Als sogenanntes Naisse begann sie ihre Bühnenbahn, 1901 ging sie als Charakterdarstellerin ins ältere Fach über. Besonders berühmt waren ihre Ibsen-Gestalten. Die „Kora“ hat sie am 3. März 1880 zum erstenmal in Deutschland gespielt. Auch als Verfasserin von Romanen und Novellen („Passionsblume“, „Heldentum“, „Lust“, „Feuer“, „Im Gnadenwald“, „Männlein und Weiblein“) ist sie bekannt geworden. Ihr Gatte war der Schriftsteller Michael Georg Conrad, der einstige Führer der „Jüngst-deutschen“.

Volkshochschulkursus auf Helgoland. Aus Helgoland wird uns geschrieben: Auf dem ehemaligen Festungsgelände des Helgoländer Oberlandes donnern die Sprengschiffe. Geborstene Betonmauern, Berge verrosteten Drahts bekunden, daß hier eine alte Welt versinkt. Aber eine neue Welt, die der Kanonen nicht bedarf, bereitet ihren Aufbau vor: ein Imperialismus des Geistes und der Menschlichkeit tritt an die Stelle jenes der Gewalt und Unterdrückung: das empfand deutlich die Schär der Bestimmungstreue, die sich hier zu einem Volkshochschulkursus vereinigt hatten. Menschen der verschiedenen Altersgruppen und Berufe, Hand- und Kopfarbeiter waren gekommen, um sich für einige Wochen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufinden, die mehr war als nur eine Vermittlungsgesellschaft von Wissen und Bildung. Soziologisch und sozialökonomisch denken zu lernen und gleichzeitig ein Stück Gemeinschaftsleben demokratisch und geistig beispielhaft zu durchleben und lebendig zu erhalten: das war Sinn und Zweck der Kurie, die von dem Genossen Dr. Kölling von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Detmold in der letzten Septemberhälfte hier abgehalten wurden.

Die Räume einer der nur von wenigen Nachmannschaften besetzten Kasernen, die übrigens nicht niedergelegt werden, boten die Unterkunftsmöglichkeit. Die Verpflegung, auf gemeinsame Mahlzeiten verteilt, konnte zu annehmbaren Preisen beschafft werden. Ein soziologischer und ein biologischer Lehrgang ergänzten sich trefflich mit künstlerischen und naturwissenschaftlichen Anschauungskursen, die ihre Objekte der Umwelt entnahmen. Das Ganze durchleuchtete der Gedanke, durch gleichzeitiges Geben und Nehmen ein höchstmöglich persönlicher und sozialer Befriedigung zu schaffen.

Veranstaltungen wie diese sollten in taubstummsten Wiederholung eine Massenerziehung soziologischer Lebensarbeit werden. Mit anderen Arten sozialorganischer Zellenbildung (Gemeinschaftsschulen, Betriebsräte) müssen sie innerlich das formen, was

Falsch der Einwirkung des Polizeipräsidenten entgegen sei, da er sich seit geraumer Zeit in den Händen der Staatsanwaltschaft befindet. Unsere Ansicht über das außerordentlich saumige Untersuchungsverfahren haben wir bereits in Nr. 465 des „Vorwärts“ geäußert.

Schutzpolizei und Bevölkerung.

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, gab der preussische Innenminister Dominicus seinen Erlaß an sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten heraus, in denen er sich mit den aus den Kreisen der Bevölkerung hervorgegangenen Angriffen auf die Schutzpolizei beschäftigt. Dominicus weist darauf hin, daß die Angriffe gegen die Schutzpolizei zwar vielfach verechlichtet waren, in vielen Fällen aber der sachlichen Begründung entbehrten. Wörtlich heißt es in dem Erlaß:

Sie brauchen nicht darauf hinzuwirken, daß unehrenhaftes und rohes Verhalten einzelner die Gesamtheit der Beamtenschaft auf das schwerste schädigen und den guten Ruf beeinträchtigen, den sich die Schutzpolizei zu meiner Freude sowohl im aufreißenden täglichen Dienst als auch bei der Lösung großer und schwieriger Aufgaben erworben hat. Die Schutzpolizei kann in ihrer geringen Stärke nur dann ihre Aufgaben erfüllen, wenn sie das Vertrauen der weitesten Bevölkerungsschichten hat und die Zahl ihrer Gegner auf die Kreise beschränkt bleibt, die auf einen gewalttätigen Sturz der Regierung hinarbeiten.

Der Minister ersucht, bei Bekanntwerden von Angriffen oder Beschuldigungen sofort eine Aufklärung des Tatbestandes anzuordnen und gegen erwiesene Ausschreitungen mit allen Mitteln vorzugehen, da es im Interesse der Beamtenschaft selbst liege, von Persönlichkeiten befreit zu werden, die sich ihrer unwürdig gezeigt hätten. Andererseits fordert der Erlaß mit Rücksicht auf das Vertrauen in der Öffentlichkeit eine baldige Berichtigung unwahrer oder auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhender Angaben.

Untersuchungsausschuß für Oppau.

Auf Grund des Reichstagsbeschlusses vom 28. September wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß für den Oppauer Unglücksfall gebildet. Vorsitzender des Ausschusses ist der Abgeordnete Schwarzer (Bayerische Volkspartei), stellvertretender Vorsitzender Brey (Sozialdemokrat). Der Untersuchungsausschuß ist für Oktober telegraphisch nach Ludwigshafen einberufen.

Gorki über die Zukunft des Bolschewismus.

London, 3. Oktober. (W.B.) In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Daily News“ erklärte Maxim Gorki, der Kommunismus in Rußland werde keinen Bestand haben, er habe eine Fackel angezündet, die nicht mehr leicht auszulöschen sein und den Arbeitern aller Länder als Führer (?) dienen wird. Seiner Ansicht nach werde eine Art sozialistischer oder sogar demokratischer Republik nach Act der Vereinigten Staaten entstehen. Die Aufhebung der Blockade würde der beste Weg sein, um Rußland zu helfen. Augenblicklich sei keine andere Regierung in Rußland möglich, als eine bolschewistische. Wenn die augenblickliche Regierung fallen sollte, so würde ein vollständiges Chaos in Rußland die Folge sein. Gorki beurteilt die Zukunft Rußlands nicht optimistisch. Die große Mehrheit der Bauern richte eine unüberwindliche Schranke gegen das Eindringen jeglichen Fortschrittes auf, und nur von den intellektuellen Kreisen sei eine Rettung zu erwarten.

Amerikanische Ninderfleischungen in Petersburg.

Kopenhagen, 3. Oktober. (W.B.) Der „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors gemeldet: Die amerikanische Hilfsaktion in Petersburg hat neun Speiseanstalten eröffnet, die täglich 60000 Kinder speisen können. Die Sowjetbehörden haben die amerikanische Regierung gebeten, auch Speisen für die Erwachsenen zu liefern, was jedoch abgelehnt wurde. Die Sowjetregierung hat eine Verordnung erlassen, wodurch Pässe für Ausländer wieder eingeführt werden. Ein Paß mit Reiseerlaubnis von Rußland in das Ausland kostet 300000 Rubel.

Die Arbeit des deutschen Roten Kreuzes in Rußland.

Moskau (Funkpruch), 3. Oktober. Der Bevollmächtigte des deutschen Roten Kreuzes in Rußland, Herr Hilger, hat in einer Un-

terredung mit Vertretern der Sowjetpresse mitgeteilt, daß, nachdem der erste Dampfer des deutschen Roten Kreuzes mit Medikamenten in Petersburg eingelaufen ist, die deutsche Hilfsaktion tatkräftig in Angriff genommen werden könne. Die technische Einrichtung sei so vorbereitet, daß die Hilfsaktion binnen 24 Stunden in Tätigkeit gesetzt werden könne. Die erste Station werde voraussichtlich in Moskau eingerichtet werden. Die Arbeit gehe im engsten Einvernehmen mit dem russischen Roten Kreuz vor sich. Sobald der erste Vorrat an Medikamenten verbraucht sei, würden sofort weitere Sendungen folgen. Herr Hilger drückte die Hoffnung aus, daß die Hilfsaktion die Grundlage für spätere engere Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland schaffen werde.

Der letzte Rest der Sanktionen.

Vor der Konferenz in Koblenz.

Zur Frage der völligen Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen hören die W.M. von zuständiger Seite: Bekanntlich sind in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober die wirtschaftlichen Sanktionsbestimmungen im allgemeinen gefallen und die Zollverwaltung an der Westgrenze des Reichs ist wieder unter rein deutsche Leitung getreten. Andererseits hat die interalliierte Rheinlandkommission sämtliche Verordnungen aufgehoben, die sie als von der Londoner Konferenz bestelltes Ausführungsorgan zur Durchsetzung der Sanktionen erlassen hatte. Für die Uebergangszeit sind jedoch noch einige Vorbehalte gemacht worden. So wird das Ein- und Ausfuhramt in Ems seine Tätigkeit noch einige Zeit fortsetzen, das heißt die Ein- und Ausfuhrerlaubnisse über die Landesgrenze werden noch weiter unter alliierter Leitung von Ems erteilt werden. Denn die nähere Ausgestaltung des vorgesehenen interalliierten Kontrollorgans soll erst in den nächsten Tagen in Koblenz durch gemeinsame Besprechungen festgelegt werden. Die Einladung zu diesen Verhandlungen ist bereits an Herrn v. Lucius ergangen, und zwar vom Präsidenten des Sachverständigenkomitees, das durch Beschluß des Obersten Rats vom 13. August geschaffen worden ist. Sie lautet auf Montag, den 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr, ins Palais der Interalliierten Rheinlandkommission, das frühere preussische Oberpräsidium in Koblenz. Von deutscher Seite nehmen unter Führung des Befandten v. Lucius acht Vertreter an diesen Verhandlungen teil, darunter je ein preussischer, bayerischer und hessischer Vertreter.

Erst dann, wenn diese Verhandlungen eine Einigung ergeben haben, an der allerdings kaum zu zweifeln ist, wird der letzte Rest der wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben werden.

Die sogenannte Freiliste, d. h. das Verzeichnis der Waren, das vom interalliierten Zollkomitee aufgestellt worden ist und für die man weder bei Ein- oder Ausfuhr ins besetzte Gebiet einer Erlaubnis bedarf, wird allerdings noch weitere drei Monate in Gültigkeit bleiben. Andererseits macht die Kölner Handelskammer darauf aufmerksam, daß die deutschen Ausfuhrerleichterungen an der Grenze des besetzten Gebiets ebenfalls noch weiter bestehen bleiben werden, um ein Ueberschwemmen Deutschlands mit Luxuswaren aus dem besetzten Gebiet zu verhindern.

Wer wird Botschafter in Washington?

Berlin, 3. Oktober. (W.B.) Zu den in der Presse erwähnten Nachrichten über die Besetzung des Botschafterpostens in Washington (wonach der jetzige Reichsernährungsminister Hermes in Betracht komme. Red.) verlaute, daß die Entscheidung sich noch längere Zeit hinauszögern dürfe, zumal gegenwärtig die Vorbereitungen für eine Besetzung, sowohl die Beziehungen der beiden Länder in Betracht kommen, noch nicht einmal erfolgt sind. Entgegen anderen Meldungen dürfte einer der ersten Anwärter auf den Posten in Washington neben dem Staatssekretär von Hanial, der bereits mehrfach genannt wurde, der Minister des Auswärtigen, Rosen, sein. Man denkt in letzter Zeit dann aber auch an den früheren Ministerdirektor im Reichsfinanzministerium, von Stockhammer, der auch im diplomatischen Dienst nicht unerfahren ist.

Ein Finanzplan für Oesterreich.

Wien, 2. Oktober. (W.B.) Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen vom sozialdemokratischen Parteivorstand und Abgeordnetenverband sowie den Arbeiterorganisationen der Regierung unterbreiteten Finanzplan mit der Erklärung, daß die Stellungnahme der Arbeiterklasse von der der Regierung zu dem Finanzplan abhängt.

Der Plan fordert Maßnahmen, durch die die Staatseinnahmen erhöht und die Staatsausgaben verringert und die Kreditpolitik in ein neues System gebracht werden soll. In erster Reihe wird die Ripellierung der Vermögensabgabe durch Anpassung an den gesunkenen Geldwert verlangt, ferner eine Ergänzung der Vermögensabgabe durch eine jährliche progressive Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Grundsteuer auf das hundertfache des Friedensfußes sowie eine Änderung des Steuersystems für die Industrie durch Auflage einer Gesamtsteuer. Dagegen sollen die Industrien, die notwendige Lebensmittel erzeugen, von dieser Steuer befreit sein. Großhandel und Banken sind zu dieser Steuer heranzuziehen. Der Finanzplan verlangt weiter den Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse, Aufhebung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel sowie Rohstoffe und Halbfabrikate, die in Oesterreich nicht erzeugt werden, dagegen effektive Goldzölle auf die Einfuhr von Luxuswaren. Der Plan stellt auch genaue Forderungen bezüglich des Abbaues der Zahl der Beamten. Alle öffentlichen Ausgaben für Rixenzwecke sind einzustellen. Die staatlichen Betriebe sind kaufmännisch geföhrt, gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu übertragen. Bezüglich der Kreditpolitik werden innere Anleihen vorgeschlagen, nicht als allgemeine Zwangsanleihe, sondern im Wege der Anforderungen von Volonten und Desinen und ausländischen Effekten. Gleichzeitig soll eine öffentliche Bewirtschaftung der ausländischen Zahlungsmittel eintreten. Das nach Durchführung des Finanzplanes noch ungedeckte Defizit sei durch Auslandskredite zu decken, die hauptsächlich zu Wiederaufbauzwecken, namentlich zur Wiederherstellung und Elektrifizierung der Eisenbahnen, zum Ausbau der Wasserkräfte und zur Behebung der Wohnungsnot verwendet werden sollen.

Zum Befanden des Deutschen Reiches für Bolivien in La Paz wurde Freiherr v. Stengel ernannt.

Belgische Schutzollbestrebungen. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ berichtet, der belgische Ministerrat habe grundsätzlich entschieden, dem Parlament einen Gesetzentwurf zum Schutze gegen die Einfuhr von Waren aus ehemals feindlichen Ländern mit niedriger Währung zugehen zu lassen. — Belgien schließt sich damit den Schutzollmaßnahmen anderer Länder mit hoher Valuta an, die sich von der Konkurrenz der Staaten mit vernichteter Währung bedroht sehen. Daß sie damit die Zahlungsfähigkeit ihrer Kriegsschuldner weiter untergraben, erkennen sie nicht. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist, daß die Unburzlückerbarkeit des Friedensvertrags bescheinigt zulage tritt.

Der Prozeß Jagow. Der Termin für die Verhandlung vor dem Reichsgericht gegen den früheren Polizeipräsidenten v. Jagow und den früheren Oberpräsidenten v. Wangenheim wegen Hochverrats, ist nunmehr auf Donnerstag, 27. Oktober, angesetzt worden. — Gestern begannen vor dem zweiten und dritten Straifenot des Reichsgerichts die Verhandlungen gegen 14 Angeklagte, meistens Arbeiter, aus Welsch, Eisfeld und Düsseldorf wegen Hochverrats, der in einem Unternehmen eines auf Beseitigung der bestehenden Regierung abzielenden kommunistischen Bundes erblickt wird. Für die Verhandlungen sind mindestens acht Tage in Aussicht genommen.

Wirtschaft

Eine statistische Lüge.

Die Berliner Handelskammer hat eine Schrift des Kommerzienrats Deutsch, des Vorsitzenden des Direktoriums der A.G. in neuer Bearbeitung herausgegeben, die Untersuchungen darüber anstellt, in welcher Weise sich der Ertrag der Produktion auf Kapital und Arbeit verteilt. Deutsch hat dazu 152 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 5,5 Milliarden herangezogen, in denen 1350000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, also durchweg Großunternehmungen mit durchschnittlich 8000 Arbeitern. In diesen Betrieben wurden im Geschäftsjahr 1919/20 bzw. 1920 16 Milliarden an Löhnen und Gehältern gezahlt, 2,2 an Steuern und sozialen Lasten abgeführt, 650 Millionen oder 11,6 Prozent als Dividende ausgeschüttet. Wird nun berechnet, wieviel von jeder einzelnen für diese Zwecke ausgegebenen Mark auf Arbeiter und Angestellte, den Staat und das Kapital entfallen, so ergibt sich folgende Rechnung:

	1908/17		Durchschnitt in der letzten Periode	
Angestellte und Arbeiter	76,7 Pf.	84,0 Pf.		
der Staat	11,7	11,7		
das Kapital	11,6	8,4		

Deutsch schließt daraus, daß Arbeiter und Angestellte ihren Anteil an der industriellen Arbeit bei der inzwischen eingetretenen Entwertung des Geldes ganz wesentlich erhöhen konnten, der Staat die neuen Steuererhöhungen noch nicht durchgeführt hat, während das Kapital sich mit einer erheblich geringeren Vergütung für seine Leistungen und Risiken im Produktionsprozeß begnügen muß.

Er knüpft daran allerlei Mahnungen und Bedenken, die zeigen sollen, daß die Industrie bei dieser Entwicklung Gefahr laufe.

Die Rechnung ist trügerisch. Mit Rücksicht auf die Besitzverhältnisse ist die Industrie in den letzten Jahren mehr und mehr davon abgegangen, ihre Gewinne als Dividenden auszugeben. Man verwendet das infolge der ungeheuerlich hohen Preise und der niedrigen Löhne gebildete Kapital dazu, um Neuanlagen zu schaffen und gab dann Aktien oft ganz umsonst, oft zu dem Nominalwert aus, der sich weit unter dem Kurswert bewegte. Auf diese Weise verdienten die Aktionäre manchmal Hunderte von Prozenten, ohne daß das in der Dividende zum Ausdruck kam. Aber Herr Deutsch ist ja „praktischer Wirtschaftler“ und hat darum das Recht, wenn er der Arbeiterschaft etwas ausweisen will, diese Tatsache ganz und gar zu verschweigen. Hätte er also den Anteil des Kapitals am Gewinn genau feststellen wollen, so hätte er dazu eine Uebersicht über den Umfang der stillen Reserven, Rücklagen usw. machen müssen. Diese ist aber aus den Trugbilanzen, die in den letzten Jahren Mode geworden sind, nicht zu entnehmen.

Deutsch geht noch weiter. Er berechnet nämlich, daß die Dividende auf die Kurswerte, wenn man es in Gold berechne, nur etwa 1 Proz. betrage. Für einen Teil der Aktiengesellschaften mag das zutreffen, nämlich für diejenigen, die bis zu dem fraglichen Rechnungsabluß noch keine Kapitalerhöhung vorgenommen hatten. Für den übrigen Teil trifft das nicht, und heute jedenfalls überhaupt nur für ganz wenige Gesellschaften zu. Von dem Kapital, das heute in den Aktiengesellschaften arbeitet, ist im Durchschnitt bereits die Hälfte in Papier aufgebracht und bei einzelnen ganz besonders ertragreichen Betrieben arbeitet man bereits mit dem vier- und achtfachen Kapital der Vorkriegszeit. Aber der Schwund von dem Goldprivileg der alten Aktien wird in der Handelspresse immer noch weiter verpaidet. Die Börsenkurse zeigen, daß der Goldwert der Unternehmungen tatsächlich besteht, und daß die Erträge, wenn nicht in Dividenden, so in anderer Form den Aktionären ebenfalls in Gold zugute kommen.

Deutsch weiß schließlich darauf hin, daß die Aktiengesellschaften infolge der hohen Erneuerungskosten darauf angewiesen seien, ganz bedeutend erhöhte Rücklagen zu machen. Tatsache ist, daß die Aktiengesellschaften auf Milliarden von Reserven verzichtet haben, die sie aus dem Aufgeld bei neuen Kapitalaufnahmen infolge der hohen Börsenkurse hätten erzielen können. Wir haben kürzlich eine ganze Reihe von Beispielen zusammengestellt, die das so schlagend beweisen, daß selbst der Reichsverband der deutschen Industrie nur ein kümmerliches, nichtstuhendes Gefammel der Erwidern gefunden hat. Wir fragen, warum schenkt man den Aktionären, den Börsenjobbern, den Rixnießern der Geldausblähung, diese Unsummen, die das Produktivkapital belasten, da sie ja auch „angemessen verzinst“ werden sollen.

Die ganze Schrift ist eine tendenziöse Macho überlester Art, für die sich ein Privatwirtschaftler von internationalem Ruf zu gut sein sollte. Schließlich sei noch bemerkt, daß in der Statistik von den 152 Gesellschaften keine einzige namentlich aufgeführt ist. Man hat also nicht die Möglichkeit, den Angaben mit Widerlegungen im einzelnen entgegenzutreten. Es ist notwendig, diese statistische Lüge niedriger zu hängen, weil anzunehmen ist, daß sie in allen Betrieben und bei allen Lohnverhandlungen den Arbeitern vorgehalten wird.

Börsenkurse und Valutastand. Mit dem Rückgang der Valuta schnellen die Börsenkurse in die Höhe. Die „Frankfurter Zeitung“ berechnet die durchschnittlichen Kurse von 25 Aktien, 5 inländischen und 10 ausländischen Anleihen am 30. September auf 25818, also fast 2500 Punkte mehr als am 28. September. Wieder sind es die Aktien, die die stärksten Kurssteigerungen aufweisen. Seht man den durchschnittlichen Stand der Kurse obiger Papiere am 1. Januar 1920 = 100, so erhält man für Ende Oktober die Wechsler 285, die gegenüber der Vormoche um 18 gestiegen ist. Die Zahlen kennzeichnen das Maß, in welchem der Besitz von Sachwerten höher geschätzt wird als der von Papiermarkt. Bezeichnend ist dabei, daß die Kurse der inländischen Anleihen, in der Hauptache also Papiermarkbesitz, in der letzten Oktoberwoche von 818 auf 815 gesunken sind.

Deutschlands Ausverkauf. Die Generalversammlung der Verb- und Farbstoffwerke Reimer-Hamburg hat das englische Angebot, für die Aktie 6580 M. = 656 Proz. zu zahlen, angenommen. Das große Unternehmen geht jetzt in englischen Besitz über. — Die Julius Sichel u. Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien in Mainz, ein Konzern, der mehr als 50 bedeutende Einzelunternehmungen umfaßt, soll durch Aktienkauf in die Hände der U.S. für Industriewerte in Luzern übergehen. Steuerrechtliche Vorteile sind hierfür ausflagegebend. Und das Deutsche Reich steht ruhig zu!

Giu Arno-Ges. Abend. Am Donnerstag, 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet im Ränkelerhaus, Wellenuestr. 2, Eise Beyer aus der „Deutsche Lieder“ von Arno Holz. Eintrittskarten zu 10, 7, 5 Pf. einzeln Steuer incl. bei G. Bote & Co., Leipziger Str. 37 und Lauenburger Str. 7, bei H. Wertheim, Leipziger Platz und Lauenburger Str. 12 a, sowie abends an der Kasse zu haben.

Am „Sturm“. Volksamer. Straße 134a, hängt am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Rudolf Blümmers Vorträge von Kurt Heunke und August Stramm vor. Schwartwalden spielt eigene Lieder.

Gewerkschaftsbewegung

1. Reichsjugendkonferenz der Bergarbeiter.

Im Verbandsheim des Bergarbeiterverbandes zu Bochum war am 26. und 27. September die erste Reichskonferenz von Vertretern der freigeorgisierten Bergarbeiterjugend. Unter den 52 Delegierten stand ein großer Teil noch im jugendlichen Alter und gehörte zu den verschiedenen Richtungen der proletarischen Jugendbewegung. Diese verschiedene Einstellung in sozialistischen Fragen trat während der Konferenz vor einer hervorragenden Sachlichkeit und starkem Wirklichkeitsinn zurück. Ueber der lebhaften Aussprache lag ein frischer, geistiger Zug.

Die von dem Verbandsvorsitzenden Abg. Husemann geleitete Tagung hörte zunächst ein Referat des Gewerkschaftssekretärs Martin Müller (Bochum) über „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Verbandes“, in dem sich die großen wirtschaftlichen Umwandlungen und ihr vermutliches Fortschreiten klar hervorhoben. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte der Zentraljugendsekretär Osterroth (Bochum) über „Zweck, Organisation und Bildungsarbeit unserer Jugendabteilungen“. Aus seinem Bericht über die Tätigkeit der Jugendzentrale ging hervor, daß der Bergarbeiterverband ungefähr 30 000 Jugendliche unter 18 Jahren

und 180 Jugendabteilungen zählt. Sämtliche Jugendliche erhalten neben der „Bergarbeiter-Zeitung“ umsonst das Jugendorgan „Jungborn“. Der Referent sah den Zweck der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen darin, Jellen volkswirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Durchbildung zu sein. Dadurch würden sie zur notwendigen Ergänzung der proletarischen Jugendbewegung, deren Wert im Hervorbringen eines neuen sozialistischen Menschentypus, in der Aufstellung eines sittlichen Lebensprinzips und im Ausweiten des Begriffs „Sozialismus“ nach der kulturellen Seite liegt.

Jugendsekretär Zimmer (Saarbrücken) berichtete über die gewerkschaftliche Jugendkonferenz des ADB in Kassel. Ebenso regte wie nach diesen Referaten war die Diskussion nach dem Vortrag des Jugendsekretärs Pilzeder (Essen) über „Bergarbeiter und Jugendschutz“. Er stellte sich auf den Boden der Forderungen des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen und empfahl eine zur Frage des Jugendschutzes vorgelegte Entschlieung, welche sich an Reichsregierung und Reichstag, außerdem an die Völkerverbundregierung im Saarstaat wendet. In der Entschlieung wird ein einheitliches Reichsjugendschutzgesetz gefordert; im besonderen aber sechsstündige Arbeitszeit für Jugendliche unter 16 Jahren, ferner dreiwöchige Ferien für Dreizehnjährige und zweiwöchige für Siebzehnjährige. Außerdem wird weiter das Verbot von Ueber- und Akkordarbeit für Unter-Sechszehnjährige, das Verbot der Beschäftigung in Bleichfabriken, beim Abschleppen am Förderseil, in Kokerreien, beim Füllen der Wetterlampen, beim Reinigen der Dampffessel durch Bergleute unter 16 Jahren gefordert.

Zum Problem „Die bergmännische Fortbildungsschule“ referierte Redakteur Th. Wagner (Bochum). Allseitig wurde von den Delegierten die Einrichtung der bergmännischen Fortbildungsschule in allen Bergbauregionen gewünscht. Die Richtlinien der Jugendzentrale zur Organisation der Abteilungen und zur Bildungsarbeit wurden einstimmig angenommen. Abg. Husemann wies in kurzen Ausgansworten auf den Wert der glänzend und fruchtbar verlaufenen Tagung hin. Unter dem Befang des Sozialistenmarches wurde die 1. Reichskonferenz der Bergarbeiterjugend geschlossen.

Die Betriebsräte zur Schlichtungsordnung.

Die Vollversammlungen der einzelnen Industriegruppen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin nahmen zu dem Entwurf der Schlichtungsordnung Stellung. Die Referenten legten in ihren Ausführungen dar, daß in der Schlichtungsordnung nicht praktische Gesichtspunkte des täglichen Lebens berücksichtigt worden sind, sondern daß der ganze Entwurf darauf hinausläuft, dem juristischen Einfluß weitestgehende Konzessionen zu machen, weiter auch dem Verwaltungsbureokratismus die Möglichkeit zu geben, in Streitfällen einzugreifen.

Die Streichung des § 55, der die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften bei Lohnkämpfen vollends unterbindet und nur einen Schutz für das Unternehmertum darstellt, wurde ganz nachdrücklich gefordert. Die vielen Fußangeln, die in ganz harmlos klingenden Worten in der Schlichtungsordnung festgelegt sind und sich zum Schaden der Arbeitnehmer auswirken werden, wurden eingehend beleuchtet. — Die Versammlungen nahmen folgende Resolution an:

„Die Betriebsräte nehmen Kenntnis von dem Entwurf der sogenannten Schlichtungsordnung. Sie erklären, daß sie dieses Produkt reaktionärer Verwaltungsorgane in seiner Gesamtheit ablehnen. Diese Schlichtungsordnung darf niemals Gesetz werden. Wenn eine neue Schlichtungsordnung nicht zu vermeiden ist, so beauftragen die Versammelten die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß ein Entwurf Gesetz wird, der in ausreichender Weise die Interessen der Arbeiterschaft wahrnimmt.“

Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Energie in den Kreisen der Belegschaften dahin zu wirken, daß die von der Regierung vorgelegte Schlichtungsordnung einmütig abgelehnt wird.“

Demonstration der streikenden Gastwirtsangestellten.

Unter riesiger Beteiligung fand gestern ein Demonstrationzug der streikenden Gastwirtsangestellten statt, der sich unter Borantritt eines Musikkorps vom Koppenplatz bis zum Alexanderplatz und dann durch die Charlottenstraße und die Straße Unter den Linden

bis nach dem Lustgarten bewegte. Neben schmutzen Bannern sah man im Zuge viele Tafeln mit Aufschriften, die den Zweck der Demonstration bekundeten. Im Lustgarten sprachen mehrere Redner, unter diesen Biesetz, Richter und Stempel. Sie betonten, daß der Kampf den Gastwirtsgehilfen aufgezwungen worden sei und nur um eine gerechte Entlohnung geführt werde. Stempel erklärte im Namen der Musiker: Der Kampf ist auch unser Kampf und der Sieg wird auch unser Sieg sein.

Die Ausführungen der Redner wurden von den vielzähligen, köpfigen Massen mit donnerndem Beifall aufgenommen. Auch die von dem Musikkorps intonierte Marschlied sowie das Lied: „Wer schafft das Gold zu Tage“ fanden stürmischen Beifall. Die Demonstration nahm bis zum Ende einen würdigen Verlauf.

Das Arbeitnehmerkartell teilt mit, daß heute 300 Betriebe mit zirka 5000 Angestellten geöffnet sein werden, in denen die Forderungen der Angestellten bewilligt sind. Wegen der am Sonntag an drei Stellen leider vorgekommenen Ausschreitungen bittet es zu berücksichtigen, daß diese von ihm aus schärfste bekämpften und verurteilten Vorfälle durch die Erbitterung hervorgerufen wurden, welche die unverföhnliche Haltung und irreführende Berichterstattung der Unternehmerorganisationen ausgelöst hat. Diese haben, wie bereits mitgeteilt, neuerdings ein Eingreifen des Arbeitsministeriums abgelehnt, weil die Angestellten in den Streik getreten seien. Dem steht aber die Tatsache gegenüber, daß mehr als 20 000 Angestellte für den 30. September gekündigt waren und daß insbesondere die Gastwirteinnung noch am Freitag, also vor der Beschlußfassung über den Streik, ihre Mitglieder angewiesen hat, die Angestellten abends auszulohnen. Auch der Umstand, daß die Unternehmer sich in diesem Kampfe von zwei Männern (Stepsgard und Hegewald) führen lassen, die noch vor Jahresfrist zu den radikalsten Führern der Angestellten gehörten, trägt nicht wenig zur Verschärfung der Lage bei.

Gestern vormittag fand eine Besprechung der Vertreter des Gastwirtsgebietes mit dem Polizeipräsidenten statt. Als Ergebnis ist dem Kommando der Schutzpolizei die Weisung gegeben, mit allen Mitteln einer Wiederholung der Ausschreitungen vorzubeugen. Die Vertreter der Streikenden haben dem Polizeipräsidenten erklärt, daß sie alles ausbieten werden, Ruhestörungen zu verhindern.

Es scheint demnach, daß an den vorgekommenen Gewalttätigkeiten radikalste Elemente beteiligt sind, die mit dem Streik selbst nichts zu tun haben. Es liegt also sowohl im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung als auch im Interesse der Streikenden, daß gegen diese Elemente mit aller Schärfe polizeilicherseits vorgegangen wird.

Bierpreiserhöhung und Brauereiarbeiter.

Mit diesem Thema befaßte sich eine sehr gut besuchte Versammlung der Arbeitnehmer (Kopf- und Handarbeiter) der Schultze-Bahnhof-Betriebe am Sonntag im großen Saal der Brauerei (Fibichstraße), zu der auch Vertreter des Personals der Rindl- und Engelhardt-Brauereien erschienen waren.

Jörn als Referent wies an der Preiserhöhung der Rohprodukte nach, daß die Brauereien zu einer Bierpreiserhöhung schreiten mußten. Zum Beispiel kostete der Zentner Gerste vorjähriger Ernte 130 Mark, während der Zentner diesjähriger Ernte mit 240 und 250 Mark bezahlt wurde und sogar schon mit 265 Mark bezahlt wird. Das ist eine Steigerung um 100 Proz. Hopfen ist sogar um 200 bis 300 Prozent im Preise gestiegen. Wir haben aber darüber zu wachen, daß das Bier nicht zu sehr verteuert wird, sonst greift der Bierkonsument zum Kaffee. Wenn die Brauereien mit dem Preis für Jahrbier von 240 Mark auf 320 Mark für den Hektoliter gingen, können wir nicht sagen, daß der Ausschlag zu hoch sei. In den Streit zwischen den Brauereien und den Gastwirten wollen wir uns nicht einmischen. Möge er durch einen angemessenen Vergleich enden. Wir müssen aber doch die Frage aufwerfen, ob es wirklich nötig ist, daß die Gastwirte für einen Liter Bier, für den sie jetzt 5,20 Mark zahlen, durchaus 6 Mark nehmen müssen. Was uns heute hauptsächlich zusammengerufen hat, das ist die von den Brauereien vorgenommene Erhöhung des Preises für den Kasten Flaschenbier von 31,50 Mark auf 45 Mark. Das geht viel zu weit und ist ungerechtfertigt. Tatsächlich ist wegen dieser ungewöhnlichen Erhöhung der so blühende Flaschenbiervertrieb der Schultze-Bahnhof-Betriebe zusammengebrochen. In vielen Industriebetrieben und ihren Kantinen verzichtet man auf so teures Flaschenbier. Und die Brauereiarbeiter leiden darunter. 22 Kolonnen haben im Flaschenkeller gezogen; jetzt ziehen nur noch 5 Kolonnen. Hier müssen wir eine Preisänderung verlangen.

Noch lebhafter Diskussion wurde eine Resolution gegen ver einzelte Stimmen angenommen, in der u. a. ausgesprochen wird, daß die Versammelten in der Erhöhung des Preises für Flaschenbier auf 45 Mark pro Kasten eine schwere Gefahr für ihre Existenz sehen. Der infolge dieser enormen Erhöhung eingetretene große Konsumrückgang werde sich in noch weit höherem Maße bemerkbar machen, je mehr die Preise für die übrige Lebenshaltung steigen würden. Die Folge wäre vermehrte Arbeitslosigkeit der Brauereiarbeiter. Die Brauereiarbeiter erheben deshalb — sagt die Entschlieung weiter — ihre warnende Stimme und fordern die Brauereien auf, durch eine erträgliche Preisgestaltung des Flaschenbieres dem Konsum Rechnung zu tragen und andererseits der Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

Die Weiterbeschäftigung der sogenannten Saisonarbeiter auch während der Winterzeit betraf den zweiten Punkt der Tagesordnung. Durch Verhandlungen mit der Direktion und anderen Betriebsstellen ist es dem Betriebsrat gelungen, einem erheblichen Teil der für das Sommerhalbjahr angenommenen „Saisonarbeiter“ die Weiterbeschäftigung zu sichern. Die Versammlung sprach darüber ihre Beug-

lung aus und beauftragte den Betriebsrat, bei der Direktion wegen Weiterbeschäftigung aller Saisonarbeiter vorstellig zu werden.

Buchdruckerstreik in Hamburg.

Die Buchdruckergehilfen Groß-Hamburgs sind in den Streik getreten und haben die vom Reichsarbeitsministerium gefällte Entscheidung abgelehnt. Infolgedessen ist die gesamte bürgerliche Presse in Hamburg, Altona und Wandsbek lahmgelegt. Es wird ein gemeinschaftliches Nachrichtenblatt der Groß-Hamburger Tageszeitungen herausgegeben. — In der Urabstimmung nahmen die Verkehrrangestellten den zweiten Vorschlag des Schlichtungsausschusses mit knapper Mehrheit an. Der das Hamburger Wirtschaftsleben schwer bedrohende Verkehrrstreik ist somit vermieden worden. — Bei der Urabstimmung der Bergarbeiter ergaben sich von 8984 Stimmen 4552 für den Schließspruch des Reichsarbeitsministeriums, 4432 gegen die Annahme. Auch hier konnte trotz heftigster linksradikaler Agitation die Streikgefahr beseitigt werden.

Am Sonnabend sind die Buchdrucker Darmstadts in den Streik getreten. Die bürgerlichen Blätter Darmstadts erscheinen seitdem nicht mehr. Von dem Streik sind ferner betroffen die Orte Bensheim und Oberstadt. Die Zahl der Streikenden beträgt 300.

In der Bonner Fahnenfabrik in Bonn a. Rh. stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen seit dem 30. September im Streik wegen Lohn-differenzen. Der Unternehmer machte Zugeständnisse von 33 bis 40 Pf. bei der Mehrzahl der Arbeiter und glaubt damit der Leuerung gesteuert zu haben. Wir bitten sämtliche Arbeitervereine aus dem ganzen Reich, die auch zum großen Teil zu den Kunden der Bonner Fahnenfabrik gehören, bei ihren Bestellungen sich bei dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Köln, Severinsr. 197, erst nach den Verhältnissen zu erkundigen.

Die arbeiterfreundlichen Blätter werden gefälligst um Abdruck gebeten. Ueber den Abschluß des Kampfes werden wir berichten.

Reisevorfahrer (Deutsche Filialgesellschaft). Mittwoch 10^{Uhr} im „Alten Alstam“, Kahlstr. 11: Versammlung. Geschehen bringen notwendig.

Westmeisterverband. Des. 15. Hochgruppe Papier: Freitag 5 Uhr im Schulh. Neue Jakobstr. 24/25, Generalversammlung.

Deutscher Verkehrsband, Wst. Realfahrer, Geschäfts- und Lokalführer: Heute 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24/25, Branchenversammlung. Vortrag des Kollegen Rührberg über „Die Realfahrer- und Gefährlichkeitsversicherung der Kraftfahrer“.

Zentralverband der Zimmerer. Donnerstag 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Versammlung aller Vertrauensmänner, Obere und Betriebsräte aus dem Holz-, Beton- und Tischler- und sämtlichen Holzbetrieben.

Deutscher Transportarbeiterverband. Vertreter der und Arbeiter aus den Hauptabteilungen: Heute 4 Uhr Versammlung aller streikenden Mitglieder in den Zentral-Festlokalen, Alte Jakobstr. 22 (zwischen Kommandanten- und Drantenstraße). Bericht über die Verhandlung. Ohne Mitgliedsbuch resp. ohne kein Zutritt. — Handelskassensarbeiter und -arbeiterinnen der Gruppe II aus den Engros- und Detailbetrieben der Buchbranche (Damenhüte, Blumen und Federn): Mittwoch 8 Uhr bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung. — Handelskassensarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenhüte, Schürzen, Unterrock-, Bekleidungs- und Tapfereibranche: Donnerstag 7 Uhr bei Witte, Poststr. 29, wichtige Gruppenversammlung. — Handelskassensarbeiter und -arbeiterinnen der Gruppe C aus den Engrosbetrieben der Herren-, Knaben- und Purtschenkonfektion, Summimantel, Hosenhemden sowie Berufsfleibung: Donnerstag 5 Uhr bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung. — Handelskassensarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Hüte-, Mützen- und Bekleidungsbranche: Dienstag, den 11. Oktober, 6 Uhr, bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

Verband der Maler. Sektion der Kollierer: Mittwoch in Schulh. Festlokal, Am Königsgraben 2, Ecke Münzstraße, Sektionsversammlung.

Aus der Partei.

10 Jahre „Schlesische Bergwacht“.

Die in Waldenburg in Schlesien erscheinende „Schlesische Bergwacht“ blickt im Oktober auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß gab unser Parteiorgan eine starke Jubiläumnummer heraus, die Zeugnis davon ablegt, unter welchen Schwierigkeiten das Unternehmen vor zehn Jahren ins Leben gerufen wurde und welche immense Anstrengungen die Geoner, die im „Wahlverein der gemäßigten Parteien des Kreises Waldenburg“ organisierten Kohlenbarone, machten, um die Existenz der „Bergwacht“ zu untergraben. Noch in aller Erinnerung dürfte der Reineidsprozeß gegen den damaligen Geschäftsführer Reichelt und den Faktor Hoffmann von der „Schlesischen Bergwacht“ sein, der im Juli 1913 vor dem Schwurgericht in Schweidnitz zum Auszug kam und mit der Verurteilung der Angeklagten zu schweren Justizhofsstrafen endete. Ein weiterer Angeklagter, der Arbeitersekretär Osterroth, wurde freigesprochen.

Der Geschäftsbetrieb der „Schlesischen Bergwacht“ wurde am 1. Oktober 1911 eröffnet. Einen Monat vorher war das Blatt bereits als Kopfbild der „Breslauer Volkswacht“ erschienen und am 29. Oktober 1911, nach nur vierwöchigen Vorbereitungen, ging bereits die erste in der eigenen Druckerei hergestellte Nummer ins Land. Die Auflage betrug damals 8000; bei Beendigung des Krieges waren 13 000 Leser vorhanden. Heute beträgt die Auflage 35 000 einschließlich der drei Kopfbilder, der „Striegauer Volkszeitung“, der „Volkszeitung aus dem Riesengebirge“ und der „Neuen Volksstimme für die Kreise Neurode und Blah“.

Es war ein schwerer Kampf, den unser Parteiorgan mit dem fast allmächtigen Grubenkapital und den von ihm ausgehaltenen gelben Schillingen auszukämpfen hatte. Aber bereits vor dem Kriege hatte es geliegt.

Auch in Zukunft wird die „Schlesische Bergwacht“ als Kampfsorgan für die vorwärtsstrebende werttätige Bevölkerung ihre Pflicht tun und die Macht auf Schlesiens Bergen für die Freiheiten und Rechte des Volkes getreulich ausüben.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Wiede, Berlin. Verlag: Formschloß-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Ostran 1. Blatt.



Die gasgefüllte Osram-Nitra-Lampe wendet man vorteilhaft dort an, wo neben großer Lichtfülle auf geringen Stromverbrauch Wert gelegt wird.

Groß-Berlin

Bürgerliche Mißwirtschaft.

Die Bürgerlichen reden in allen Tonarten von der „Mißwirtschaft“ des sozialistischen Berlin. Sie rechnen dabei auf die Vergesslichkeit der Bevölkerung. Nun sind kürzlich in der Bezirksober-

Der Umbau des Stadthauses war ursprünglich mit 4 Millionen Mark angelegt und hat schließlich 12 Millionen Mark gekostet. An Maurerlöhnen waren 3,2 Millionen erforderlich, während der Arbeitgeber 1,8 Millionen schluckte.

Die Wähler mögen erkennen, welche Mißwirtschaft, welche Begünstigung einzelner auf Kosten der Gesamtheit in der Verwaltung Berlins einreißt, wenn diese Gesellschaft wieder die Macht in der Hand hätte.

Zum Raubüberfall in Wannsee.

Der am Wannsee überfallene Postenwärter Gerhardt hatte sich im Krankenhaus so weit erholt, daß er vernommen werden konnte.

Der Postenwärter hatte sich die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in zwei Tonartalen aufgehalten und sich gegen 6 1/2 Uhr auf den Weg zum Bahnhof Wannsee gemacht.

Die Organisation der Volkshochschule Groß-Berlin.

In kaum zwei Jahren ihres Bestehens hat sich die Volkshochschule Groß-Berlin nach innen wie nach außen mit erstaunlicher Schnelligkeit entwickelt. Mit 6 Lehrstätten eröffnete die Volkshochschule im Januar 1920 ihre Tätigkeit, heute unterhält sie nicht weniger als 45 Arbeitsstätten in allen Teilen von Groß-Berlin.

Charakteristisch für die Volkshochschule Groß-Berlin sind zwei Umstände, die sie vor allen ähnlichen Instituten auszeichnen, an denen Berlin ja keinen Mangel leidet. Es ist dies einerseits der öffentliche Charakter, den das Institut dank seiner sehr glücklichen Anlehnung an die Kommune Groß-Berlin trägt.

Der juristischen Form nach ist die Volkshochschule Groß-Berlin ein Verein, dessen Mitglieder zum größten Teil Körperschaften sind. Es sind das die Stadtgemeinde Groß-Berlin und ihre zwanjig Verwaltungsbezirke, die großen Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Bildungsorganisationen der arbeitenden Bevölkerung und die Berliner Hochschulen.

Die Vertreter einzelner Interessengruppen bilden gemeinsam die Mitgliederversammlung. Diese übt die ständige Kontrolle über die Tätigkeit der verantwortlichen Organe aus. Ueberblickt man die gesamte Organisation der Volkshochschule Groß-Berlin, so gewinnt man den Eindruck eines zwar komplizierten, aber gleichwohl stabil und elastisch gebauten Apparates.

Eigenunfallversicherung der Stadtgemeinde Berlin.

Auf Grund des § 628 der Reichsversicherungsordnung haben Gemeinden das Recht, die Unfallversicherung für die in ihren Diensten stehenden Arbeiter und Angestellten selbst in die Hand zu nehmen, sofern sie von der Aufsichtsbehörde für „leistungsfähig“ erklärt werden.

Weitere Erhöhung des Brotpreises. Die Steigerung fast sämtlicher Lasten, insbesondere der Gehälter, Löhne und des Fuhrlohs erfordert eine, wenn auch relativ nicht erhebliche (nicht ganz 3prozentige) Erhöhung des Abgabepreises für Backmehl.

Eindbruch bei der Schauspielerin von Stranz-Führung. Am Sonntag nachmittag in der Zeit von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr suchten Wohnungsbrecher die Schauspielerin Baronin Anna von Stranz-Führung in der Brandenburgischen Straße 46 zu Wilmersdorf heim, indem sie sich, als die Räume kurze Zeit ohne Aufsicht standen, durch ein Oberlichtfenster Eingang verschafften.

Ausdehnung des Geschäftsbereichs der AVB. Die Kleider-Vertriebs-Gesellschaft, kurz AVB, genannt, deren Aufsichtsrat neuer-

dings ausschließlich aus Berliner Stadträten und Stadtbürgern besteht, hat soeben ihre — vierte — Filiale in der Müllerstr. 181 eröffnet. Sie will damit entsprechend ihrem Gründungsprinzip auch den Rinderheimittelten des hohen Nordens Gelegenheit zu billigem und bequemem Einkauf geben.

Die Badeanstalt Bärwaldfraße ist nunmehr vom Bezirksamt VI (Reuzberg) übernommen worden. Nachdem es gelungen ist, eine ausgiebige Versorgung der städtischen Volksbadeanstalt mit Brennstoff zu erhalten, wird die große Schwimmhalle in der Bärwaldfraße mit dem 5. Oktober der Bevölkerung wieder zugänglich gemacht werden.

Einen schweren Verlust hat ein Vertrauensmann der „Volkshilfe“ zu beklagen, er hat am 28. September d. J. beim Verlassen des Stadtbahnhofes auf dem Schloßischen Bahnhof seine Tasche mit einem Inhalt von 8000 M. Versicherungsbeitragskarten und -marken und über 1000 M. bares Geld im Gepäck eines Wagens 3. Klasse liegen gelassen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin E. N. Abt. Neustadt. Die immer verankert die Ableitung eines Kurios für erste Hilfe, der 15 bis 20 Lehrende umfasst und mit praktischen Übungen verbunden ist. Der erste Lehrende findet am Mittwoch, den 5. d. M., abends 7 Uhr, in der Schule Neustadt, Thomastraße, statt.

Kollec Caprice's (am Tranenburger Tor) haben sich von den Einwohnern einer abendlichen Feste mit Gelang „Ramon & Debut“ von Leonhard zugewandt. Das amüsante Ehepaar Schneider, vor allem Marie Schneider, vertritt es auch in diesem Rahmen, sein Publikum, das an sehr herabholte Kost gewöhnt ist, zu amüsieren.

Ueber das Geld für die Hausangestellten, Wäscher und Reinmachefrauen, eine Karteile und Karteile, wird in einer öffentlichen Versammlung in den Epichersälen, Epichersstraße 3, am Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, gesprochen werden.

Frau Anna im Apollo-Theater. Ein großes Ereignis, ein solches vor zwei langen Jahrzehnten für die Fassen geschriebene Stück zu wiederholen. An der Idee selbst ist nicht viel dran. Ein Berliner Mediziner (aber ein richtiger „Ballon“) erkrankt ein Zufallsjunge und handelt mit seinen Freunden zum Mond, diesem alten und fallen faszinierenden Kosmos, umher, er findet bei den „Wandlungen“ glänzende Aufnahme und darf zum guten Ende eine Liebesnacht mit der Wandler, Frau Anna selbst, erleben.

Einbruch bei der Schauspielerin von Stranz-Führung. Am Sonntag nachmittag in der Zeit von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr suchten Wohnungsbrecher die Schauspielerin Baronin Anna von Stranz-Führung in der Brandenburgischen Straße 46 zu Wilmersdorf heim, indem sie sich, als die Räume kurze Zeit ohne Aufsicht standen, durch ein Oberlichtfenster Eingang verschafften.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Lothar trat lächelnd auf den Freund zu. Als er ihn auf die Schulter klopfte, blickte Hermann ihn entgeistert, wie aus tiefstem Schlaf aufgeschreckt an.

„Was machst du hier?“ Hermann war böse. „Du hast einen schönen Gedanken gemordet. Mir ist eben der Plan zu einer wunderbaren historischen Novelle gekommen, die sich um dieses Haus rankt. Nun ist er fort.“ Hermann hatte täglich Pläne zu wunderbaren Novellen, die ihm forstlefen.

„Wo willst du hin?“ „Ich wollte zu dir.“ „Du — zu mir?“ Hermann sah ihn ungläubig an. „Findest du das so sonderbar?“ Lothar Franzius hatte Hermann nie zu Hause besucht.

„Na, gleichwohl.“ Hermann nahm ihn unter den Arm. „Nun aber wollen wir zu Rodenader und einen Schoppen trinken. Das Denken macht durstig.“

Lothar ging ohne Widerspruch mit. Im Grunde war er froh, nicht zu Görtes gegangen zu sein, wie er geplant. Wer weiß, was ihn dort erwartet hätte. An der Post bogen sie in die Hundegasse ein. Drüben stand der wuchtige alte Bau, grau und schwer.

„Du mußt dir die Träumerei abgewöhnen,“ sagte Lothar beim ersten Glas. „Träumst du nie?“

„Nie.“ „Dann bedauere ich dich.“ „Wachen muß man! Die Augen auf bei Tag, und bei Nacht leichten Schlaf. So wird man nicht überrascht.“

Hermann schlug mit dem schweren Deckelkrug auf den alten dunklen Tisch. „Ich will aber überrascht werden, zum Teufel! Das ist das einzige, was mich mit dem Leben verbindet, daß es vielleicht für mich eine Extraüberraschung im Hinterhalt hat.“

„Das kann leicht eine böse Überraschung werden, alter Freund.“

„Und wenn schon. Auch die böseste ist mir willkommen. Wie schön ist der Gedanke, daß in jeder Wolke so ein Bliz schläft, der auf mich niedersinken kann.“

„Blitz wirken mitunter tödlich.“ Lothar lachte. Hermann trank das Glas aus und schob es dem Keilner zu. „Und wenn schon?“

„Ja dann —! Ich für meinen Teil will leben.“ „Das will ich ja auch,“ begann Hermann nach einer Weile, und es war, als koste ihn dies Zugeständnis eine gewisse Ueberwindung.

„Siehst du wohl? Da mußt du aber klar sehen können.“ „Warum?“

„Um deine Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren.“ „Ziele? Das ist etwas für die Praktischen.“ Hermann sprach „Praktische“ wie „Verbrecher“ aus. „Es leben die Ideale!“

„Es leben die Ziele!“ Schwaches Licht umfloß die braune Holztafelung, die dunkle Ede, die schweren Tische und Stühle, die man kaum rücken konnte, und inmitten dieser Sinfonie in Braun die blauen, hohen holländischen Vasen und das matte Gelb der Messingleuchter. Vom Hofe klang das Stampfen der Maschinen in die alte Zeit, die hier traumschwer schlief. Im Rhythmus der Rollen und Räder rief die neue Zeit: „Ich bin da.“

„Im Grunde meinen wir beide dasselbe,“ sagte Lothar Franzius. „Nur, daß du es immer so quer ausdrückst. Du bist eben ein oder mehrere Jahrhunderte älter als ich.“

„Ich bin stolz darauf. Uebrigens — wie gefällt dir eigentlich unser Fräulein?“

Lothar Franzius studierte eifrig die Buchstaben, die in den Deckel des Krugs eingeschnitten waren. „Sie ist sehr sympathisch,“ lagte er endlich.

„Sympathisch? Das ist gar kein Wort für sie.“ „Welches denn sonst?“ Lothar sah Hermann aufmerksam an.

Aber der schwieg nun auch. Ihm fiel wieder jener Brief ein, den Lothar vor ihm verpackt hatte. Hermann wußte selbst nicht, durch welche Gedankenverbindung er gerade jetzt darauf kam. Im Grunde dachte er immer daran, so oft er an Lothar dachte. Es war das erstmal, daß ein Geheimnis zwischen ihnen stand. Und so sehr es ihm auf der Zunge brannte, von

Fräulein und seiner Liebe zu ihr und seinen Zweifeln zu sprechen — er schwieg.

Lothar betrachtete ihn nachdenklich: Sie hatten beide so viel Gemeinames gehabt, im Genuß und Haß, — sollten sie nun auch das gleiche empfinden, wo es zum Bruche kommen mußte? War Hermann denn ein gefährlicher Gegner? Er war immerhin Hermann Görke, der Sohn des Millionärs Görke; und er war der Architekt Lothar Franzius ohne Aufträge, ohne Vermögen. Aber er war er, und Hermann war der Sohn des Vaters. Er sah wieder Fräulein mit Eva spielen und empfand mit tiefem Glücksgefühl das Mütterliche, das sie in jener Stunde wie ein milder Schein umgeben hatte. Er lächelte.

Hermann sah auf. „Worüber bist du so vergnügt?“

„Ich verweigere die Auskunft, Herr Staatsanwalt.“ Lothar lächelte noch immer. Je mehr er Hermann betrachtete, desto weniger nahm er Hermanns Gefühle für ganz voll. Vielleicht, dachte er, wird es ihn zum Dichter machen. Es sollte ja solche Fälle geben. „Prost, Hermann!“

Und sie tranken und lachten einander an, herzlich als sonst. Beide Freunde hatten das Gefühl, dem anderen ein stiller Unrecht abzutun zu müssen. . . .

Zu gleicher Zeit ging Fräulein in das Franziskanermuseum. Frau Görke hatte sie um halb zwölf mit einer Bestellung nach dem Pögggenpühl geschickt; sie war sofort in das Museum gegangen. Schnellen Schrittes durchschritt sie die Räume. Scheuen Blicks seitwärts schielend stand sie vor alten Holzfiguren, vor niederländischen Landschaften. Schlittschuhläufer glitten über grauwäiches Eis. Wilde Menschenkneuel balgten sich in Höllenraden. Bauern tanzten und tranken auf einer Kirnack. . . .

Lothar war nicht da. Fräulein ging weiter. Erste, stille Frauen arbeiteten in kleinen, blühfauberen Stuben. Männer in Mongeperücken blickten steifgeziert wie Opfer einer unangenehmen Zeremonie. Bilder der alten Stadt in früheren Jahrhunderten leuchteten matt aus schweren goldenen Rahmen. Italienische Reiter rüsteten in der Campagna. Silbernes grünes Licht stieß durch lebensgroßem Gaud. Dachauer Mädchen stemmten sich gegen den Wind. . . .

